

Trump-Regierung erwägt nach Kirks Ermordung Vorgehen gegen NGOs



Die Regierung Trump erwägt nach der Ermordung Kirks ein Vorgehen gegen Non-Profit-Organisationen.

Die Ehrung des Gedenkens an Charlie Kirk bedeute laut US-Vizepräsident J.D. Vance einen offenen Kampf gegen linke Gruppen, die seiner Ansicht nach die nationale Einheit untergraben.

Zusammen mit ihm trat auch Stephen Miller, stellvertretender Leiter des Büros des Weißen Hauses, in der Sendung "The Charlie Kirk Show" auf. Er erklärte, dass er Kirks letztes Vermächtnis als Aufruf zu einer koordinierten Offensive gegen "Netzwerke von Non-Profit-Organisationen" verstehe, die beschuldigt werden, Gewalt anzustacheln oder Doxxing zu betreiben.

"Gott ist mein Zeuge, dass wir alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen werden, um diese Netzwerke zu identifizieren, zu stören und zu zerstören – im Namen von Charlie", sagte Miller und fügte hinzu, die Regierung werde eine strafrechtliche Verantwortlichkeit der Organisationen prüfen, die seiner Ansicht nach Unruhen unterstützen. Konkrete Beweise legte er jedoch nicht vor.

Vance, der den Podcast "The Charlie Kirk Show" moderierte, ging noch weiter und nannte zwei Institutionen: die Open Society Foundations, finanziert vom Milliardär und demokratischen Spender George Soros, sowie die Ford Foundation. Diese philanthropischen Organisationen beschuldigte er, einen Artikel im Magazin The Nation finanziert zu haben.
Beide Gruppen erklärten, dass sie derzeit The Nation nicht unterstützen.
Foto: REUTERS/Doug Mills/The New York Times/Pool
i Dieser Beitrag stammt ursprünglich von <u>statement.at</u>